

Glaube an Gerechtigkeit? Leitbilder in der Sozialpolitik

Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik am 26. und 27. September in Köln

Am 26. und 27. September 2013 fand in Köln in den Räumen der Fritz Thyssen Stiftung die Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie „Glaube an Gerechtigkeit? - Leitbilder der Sozialpolitik“ statt. Organisiert wurde die Tagung, die mit Mitteln der Fritz-Thyssen-Stiftung gefördert wurde, von Christoph Strünck, Stephan Kutzner und Anne-Kathrin Schwab von der Universität Siegen.

In seinem Eröffnungsvortrag analysierte *Franz-Xaver Kaufmann* (Bielefeld) den „Sozialstaat als kulturell fundierten Prozess“. Demnach seien zentrale Ideen der Sozialpolitik zwar häufig mit Interessenpositionen verkoppelt. Dennoch hätten Grundnormen eine eigene kulturelle Rechtfertigungslogik. *Jürgen Kohl* (Heidelberg) konnte zeigen, dass die Erwartungen an soziale Sicherung in Europa sehr ähnlich sind und die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats generell hoch ist, unabhängig vom jeweiligen Typus des Wohlfahrtsstaats. Allerdings sei die Zufriedenheit mit der Sozialpolitik sehr unterschiedlich, was aber weniger mit unterschiedlichen Wohlfahrtskulturen zu tun habe. Vielmehr gebe es teilweise starke Abweichungen zwischen Ansprüchen und der politischen Umsetzung.

Alexander Lenger (Freiburg) rekonstruierte Parallelen und Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum, dominanten Gerechtigkeitsvorstellungen und sozialpolitischen Entscheidungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er zeichnete nach, wie die Akzeptanz der Marktwirtschaft publizistisch und politisch flankiert wurde, indem auf Normen und Traditionen der Vorkriegszeit zurückgegriffen wurde. *Sigrid Betzelt* (Berlin) und *Silke Bothfeld* (Bremen) griffen das nach wie vor aktuelle Aktivierungsparadigma in der Arbeitsmarktpolitik auf. Aktivierung könne nur dann die Autonomie von Individuen fördern, wenn in den Dimensionen der Qualität, des Zugangs und der Partizipation spezifische Rahmenbedingungen geschaffen würden.

Tim Obermeier und *Kathrin Schultheis* (Koblenz/Remagen) blickten auf die Gerechtigkeitsvorstellungen von Vermittlern und Klienten bei Arbeitsgelegenheiten, die sie empirisch untersucht haben. Diese seien nur in bestimmten Dimensionen deckungsgleich; gerade was das „Integrationsdogma“ angehe, gerieten die Vorstellungen der Arbeitsvermittler in Konflikt mit dem, was die Klienten für gerecht im Sinne einer realistischen Teilhabemöglichkeit hielten. *Michael Grüttner* (Nürnberg) widmete sich einem ehemals prominenten Instrument der Arbeitsförderung, dem Gründungszuschuss. Mit Rückgriff auf Theorieansätze von Boltanski u.a. konnte er in einer mikrosoziologischen Studie zeigen, wie sehr die Diskurs-Situation zwischen Vermittler und Klienten darüber entscheidet, ob Erfolge erreicht oder Konflikte ausgelöst werden. Ob die „unternehmerische Eignung“ festgestellt wird, hängt eher von den Diskurs-Positionen und damit verbundenen Deutungsmustern ab, als von vorgegebenen Regelwerken oder nachprüfbaren Kriterien.

Marc Breuer (Paderborn) betrachtete die Altenhilfe als ein soziales Feld nach Bourdieu und analysierte darin dominante Deutungen von Teilhabe. Bewohner, Träger und Personal hätten zwar unterschiedliche Kapitalausstattungen in diesen Diskursen, dennoch seien Kooperationen genauso wie Konflikte zu erkennen, die auch vermeintlich schwache Gruppen wie die Bewohner über Koalitionen mit anderen stärken könnten. *Frank Nullmeier* (Bremen) widmete sich den zahlreichen

methodischen und methodologischen Schwierigkeiten, transnationale Leitbilder der Sozialpolitik zu rekonstruieren. Er präsentierte unterschiedliche Entwicklungsthesen, von denen abhängt, ob sich transnationale Leitbilder in Form von Hybridisierung, Transfer, Dominanz oder auch als Parallele entwickelten; letztlich sei aber die Herkunft eines Leitbildes nicht so wichtig wie die Konflikte oder Koppelungen zwischen Leitbildern.

Achim Goerres (Duisburg-Essen) ging in einer vergleichenden Studie der Frage nach, ob die Legitimation wohlfahrtsstaatlicher Reformen grundsätzlich mit wirtschaftlichem Druck einhergehe. Der Vergleich von zentralen politischen Reden in Norwegen, Schweden und Deutschland zeige, dass sich ähnliche Argumentationsmuster teilweise von der ökonomischen Situation des Landes entkoppelt und damit eine eigenständige Diskurs-Stabilität erreicht hätten. *Martin Schröder* (Marburg) konnte anhand unterschiedlicher Datenquellen zeigen, dass es über einen längeren Zeitraum signifikante Übereinstimmungen gibt zwischen Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit, der Medienberichterstattung und der tatsächlichen Entwicklung sozialer Ungleichheit. In der Phase der Agenda 2010 wurde „soziale Ungleichheit“ weniger in den Medien erwähnt, und die Unterstützung für Sozialleistungen ging gleichzeitig in der Bevölkerung zurück. Inzwischen steht das Thema jedoch wieder auf der Agenda, die sozialen Unterschiede nehmen zu, und vom Wohlfahrtsstaat wird auch wieder mehr Umverteilung erwartet.

Zum Abschluss der Tagung moderierte *Michael Brocker* vom Westdeutschen Rundfunk ein Podiumsgespräch zum Thema: „Welche Leitbilder dominieren die Sozialpolitik?“. *Stephan Lessenich* (Jena) betonte, dass Leitbilder wie Aktivierung sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik von höchst unterschiedlichen Gruppen propagiert wurde und werde. Auch wenn die Motive unterschiedlich seien, stärke es insgesamt eine Agenda, die kritikwürdig sei. Laut *Stefan Huster* (Bochum) habe dieses Leitbild jedoch dazu geführt, etablierte Routinen der Sozialpolitik in Frage zu stellen und nach der Wirksamkeit von Sozialleistungen zu fragen. *Margarete Schuler-Harms* (Hamburg) rückte die Bedeutung übergeordneter gesellschaftlicher Leitbilder in den Vordergrund. Das über Jahrzehnte gewachsene Familienbild würde nach wie vor auch die Sozialpolitik prägen; auch mögliche Richtungsentscheidungen über eine stärker sozialpolitisch orientierte Familienförderung seien davon beeinflusst.

Christoph Strünck